

Gürtel des Volksbote.

Organ für die Interessen der werthäufigen Bevölkerung.

[Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.60. Monatlich 65 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergesparte Beitzettel oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 100

Freitag den 29. April 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten.“

Berlin, den 27. April 1904.

Wahlprüfungen. — Börsengesetznovelle.

Der Reichstag erledigte Mittwoch, bevor er die Beurteilung des Börsengesetzes fortsetzte, eine große Zahl von Wahlprüfungen. Bei den meisten wurden die Kommissionsbeschlüsse ohne Debatte genehmigt. So wurde u. a. die Wahl des Genossen Horst Sachsen für gültig erklärt und über die Wahl des Abg. Dr. Becker in Offenbach, der bekanntlich auf nicht ganz einwandfreie Weise unsern Genossen Ulrich aus dem Felde schlug, Beweiserhebung beschieden. Lebhafte Zusammentösse gab es dagegen bei den Wahlen, bei denen parteipolitische Momente in die Entscheidung über die an sich doch rein formale Rechtsfrage der Gültigkeit der Mandate hineinspielten. Bei den Wahlen des Abg. Fürst Bismarck in Trierheim und unseres Genossen Dr. Braun in Frankfurt-Lebus zeigte sich, daß die Kommission je nachdem Kamelle verdrückt und Rücken zeigen kann. Im Wahlkreis Trierheim sind unsere Vertrauensmänner durchgängig in nahezu 30 Orten aus dem Wahllokal gewesen und ist so die Öffentlichkeit der Wahl beschränkt worden. Zahllose andere Verstöße, wie das beliebte Aufschichten der Wahlurkunds in der Reihenfolge der Abstimmenden, kommen dazu. Unsere Genossen Goldstein, Geheyer und Fischer, unterstützten von den Freisinnigen Gothein und Kospach, gaben sich alle Mühe, dem Reichstag klar zu machen, daß so prinzipielle Verstöße unbedingt zur Ausschaltung der Wahl führen müssten. Demgegenüber verbündeten das Zentrum und die Nationalliberalen — von der Rechten natürlich gar nicht zu reden — dabei, daß die Mehrheit des Fürsten Bismarck genügend groß sei, trotzdem die Wahl für gültig zu erklären. Hingegen hielten es die Herren für unerlässlich, die Wahl des Genossen Braun zu kassieren, weil der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. zu seinen Ungunsten und zu Gunsten der bürgerlichen Kandidaten Wahlbeeinflussung getrieben hat.

Mit mehr Recht wurde die Wahl des elsißischen Demokraten Blumenthal für ungültig erklärt. War ist ohne weiteres zugedessen, daß von der gegnerischen liberalen Seite viel schlimmerer Wahldruck geübt worden ist, aber das kann wenigstens in unserer Angen nicht entschuldigen, daß auch für ihn Bürgermeister in amtlicher Eigenschaft Wahlaktionen getrieben haben. — Zur Börsengesetznovelle, zu der gestern nur die Konservativen das Wort ergreifen hatten, kamen heute trotz der langen Ausdehnung der Sitzung wieder nur zwei Redner aus dem Hause zu Wort. Als erster übte Genosse Robert Schmidt scharfe prinzipielle Kritik an dem Treiben der Börsenfeinde ebenso wie an dem der Börse selbst. Er wies zunächst nach, daß der Terminhandel, den die Reaktionäre für alle möglichen Schäden des Wirtschaftslebens verantwortlich machen, von einer viel zu geringen Bedeutung sei, als daß er wirklich die Ursache dieser Fäulniserscheinungen in der modernen Wirtschaft sein könnte. Diese werden vielmehr, während der Terminhandel in seinem beschrankten Kreise ganz nützlich ist, durch das Grundprinzip unserer gesamten Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, selbst hervorruhen. Und dann ging unser Redner auf die prinzipielle Seite der Börsenfragen ein und legte klar, wie sie sich dem sozialistisch gefestigten Auge zeigen. Er wies auf die enge Verbindung der Regierung mit Hochfinanz, Großindustrie und Schaffermachertum hin, zeigte, wie auch die Agrarier so gern von den Früchten des Staates naschen, den sie öffentlich als Gifbaum bezeichnen und schloß seine Rede mit der an die Regierung gerichteten Aufforderung, die Verbindung mit dem Schaffermachertum zu lösen und der Arbeiterbewegung freie Bahn zu lassen. — Der Zentrumredner, Abg. Bürkage, wiederholte nur die agrarischen Thesen, die Graf Rantz gestern geschickt vorgetragen hatte, und Minister Möller widersprach ihm nur matt.

Morgen wird die Börsendebatte fortgesetzt.

77. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlen Will (R.), Horn-Sachsen (SD), Bürgermeister-Bitterfeld (FB), Hamburg (R.) werden für gültig erklärt.

Über die Wahl des Abg. v. Brodhausen (R.) wird Beweiserhebung beschlossen.

Über die Wahl des Abg. Fürst Bismarck (W.) berichtet Abg. Goldstein (SD). In 28 Orten mit über 4000 Wahlern ist die Öffentlichkeit der Wahl durch Ausweisung der sozialdemokratischen Vertrauensleute beeinträchtigt worden; da auch andere Verstöße gegen das Wahlgebot vorgekommen sind, hätten wir erwarten können, daß die Mehrheit zu einem andern Beschluss gekommen wäre.

Präsident Graf Ballerstrem (unterbrechend) macht

den Abgeordneten darauf aufmerksam, daß er als Referent die Ansicht der Mehrheit der Kommission zu vertreten habe. (Lebh. Bravo!)

Goldstein (SD; fortfahrend): Ich wollte nur mitteilen, daß die Mehrheit diesen Standpunkt vertreten hat. Die Mehrheit beantragt Gültigkeit der Wahl, da nur 33 Leute ausgewiesen worden seien. (Ironisches Bravo! rechts.)

Gothein (FB): In dem vorliegenden Bericht heißt es, daß selbst, wenn die Anhänger der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen seien, damit noch keine allgemeine Beschränkung der Öffentlichkeit stattgefunden habe. (Hört, hört! links.) Nach dem Gesetz muß aber volle Öffentlichkeit herrschen; deshalb müssen wir Auklärung schaffen und die Schuldigen zur Stechenhaft ziehen. Wir beantragen Beweiserhebung. (Bravo! links.)

Gené (SD): Unter anderen schweren Verstößen ist auch der, daß man die Stimmzeit hinter verschlossenen Türen gezählt hat. Die Anweisung, sozialdemokratische Vertrauensleute auszuweisen, soll nach den Neuverfassungen der Wahlvorsteher der Landrat erteilt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Um dieses System zu bekämpfen, bitten wir Sie, dem Antrag Gothein zuzustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Weillstein (S.): Ich kann nicht zugeben, daß in der Ausweisung von 30 Sozialdemokraten eine Bedrohung der Öffentlichkeit für Sozialdemokraten überhaupt oder im allgemeinen liegt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Einzelne Persönlichkeiten müssen immer ausgewiesen werden. (Lachen b. d. Soz.) Uebrigens hat die Wahlprüfungscommission das Verhalten der Wahlvorsteher ausdrücklich genehmigt. Ihnen das mitzuteilen, hat keinen Zweck, weil man ja doch nur einmal Wahlvorsteher ist.

Kopisch (FB): Aus 40 Ortschaften sind allerhand Unregelmäßigkeiten unter Nennung der Einzelbehauptungen und Zeugen mitgeteilt worden. Da halten wir es für unsere Pflicht, Beweis zu erheben. (Sehr richtig! links.) Es läßt sich gar nicht leugnen, daß immer nur Angehörige einer Partei ausgewiesen worden sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber morgen kann das jeder andern Partei passieren. Durch Aufschichten und reihenweise Auslösungen der Wahlzettel wird die Geheimhaltung der Wahl jetzt mehr vereitelt, als dies vor dem Gesetz zu ihrem Schutz der Fall war. (Sehr richtig! links.) Welche Wirkung das hat, wissen wir, die in ländlichen Wahlkreisen agitiert haben, zur Genüge. (Wiederholtes Sehr richtig! links.) Da nutzen die wirtschaftlich Starken ihre Macht rücksichtslos gegenüber den wirtschaftlich Abhängigen aus. Berühren uns darum die Vorgänge bestmöglich, so sind sie andererseits sehr anheimeld, denn bei uns in Schlesien geht es genau so zu. Ich bitte Sie in Ihrem eigenen Interesse, dem Antrag Gothein zuzustimmen. (Lebh. Bravo! links.)

Dr. Wallau (R.): Vielleicht haben sich die Ausgewiesenen üppig gemacht. Das ist doch noch keine Verleugnung des Prinzips der Öffentlichkeit. (Große Unruhe, WiderSpruch links.) Trotz allem bleibt übrigens eine Mehrheit für den Fürsten Bismarck bestehen. (Lebh. Brustum. rechts.)

Richard Fischer-Berlin (SD): Wenn die Grundsätze, die Herr Wallau hier vertreten hat, allgemeine Gültung säünden, brauchten wir über keine Ungelegenheit mehr Beweis zu erheben, wenn nur der gewählte Kandidat eine große Mehrheit hat. Wir betrachten es aber als Aufgabe des Reichstags, die Behörden zu zwingen, dem Unzug der Wahlbeeinflussung endlich ein Ende zu machen. Das sind nur Dienste für die konservative Partei. (Lärm rechts.) Aber freilich, unsere Bemühungen werden ja nutzlos bleiben, weil die maßgebende Partei des Hauses dem Träger des Namens Bismarck nicht der Matel des kassierten Mandats anhängen will. (Lärm im Zentrum.) Genau so, wie es früher bei Stumm war. Nach Herrn Wallau und des Amtsvertreters Aussicht machen sich Sozialdemokraten ohne weiteres in Wahllokalen unmöglich. Der eine Wahlvorsteher hat sich entschuldigt, es läge ein Erlass der Regierung vor. (Hört, hört! b. d. Soz.), der andere, der Landrat hätte es angeordnet (Heiterkeit), ein dritter, der Kreissekretär habe es verfügt. Da liegt doch System in der Sache. Eine solche Wahl ist nichts als ein Hohn auf das Wahlrecht, und es ist ein Skandal, wenn eine solche Wahl für gültig erklärt wird. (Große Unruhe recht, lebhaftes Bravo! links.)

Präsident Graf Ballerstrem ruft den Redner wegen der letzten Auseinandersetzung zur Ordnung.

Der Antrag Gothein wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen und Russen abgelehnt, die Wahl wird für gültig erklärt.

Über die Wahl des Abg. Dr. Becker-Offenbach (R.) wird Beweiserhebung beschlossen.

Die Wahl des Abg. Osel (S.) wird für gültig erklärt.

Zur Prüfung der Wahl des Abg. Blumenthal (Südd. W.) ergreift das Wort

Payer (Südd. W.): Es ist in der Kommission behauptet worden, die Kandidatur Blumenthal habe gleichsam den Charakter einer amtlichen Ansicht getragen. (Lachen und hört, hört! links.) Das ist kein Kompliment für die elsiß-lothringische Verwaltung, denn der Abg. Blumenthal hat sich immer offen als Demokrat bekannt. Wer wird glauben, daß Herr v. Kölle, der vor 14 Tagen hier so flehentlich bat, man sollte ihm auf seine alten Tage doch nicht antun, ihn für einen Demokraten zu halten, den Demokraten Blumenthal mit einem amtlichen Apparat unterstützt hat! Es ist ja gewiß nicht korrekt, daß 13 Bürgermeister den Aufruf zu seinen Gunsten mit Namen

und Amtsschärter unterzeichnet haben. Aber das ist in Süddeutschland weit verbreitet, und einflußreiche Bezirksmitglieder, Bürgermeister, haben die Wähler aufgerufen, für den liberalen Kandidaten Blumenthal zu stimmen. (Hört! hört! links.) Dürfen wir evangelische Bürgermeister nicht tun, was katholischen freigestellt wird? (Sehr gut! links.) Auch Ortsvorsteher und besonders die geistlichen Ortsvorsteher, die Pfarrer, werden sich gewiß das Recht nicht nehmen lassen, auf ihre weiblichen Gemeindgenossen in politischer Hinsicht einzutreten. (Sehr gut! links.) Es handelt sich auch um so kleine Gemeinden, daß der amtliche Charakter der Bürgermeister jedem Einwohner bekannt war. Zudem gehen in Elsaß-Lothringen die Bürgermeister aus der freien Wahl der Gemeinde hervor, sind nicht von der Regierung abhängig und haben keine politischen Befugnisse. Da die Wahl des Herrn Blumenthal von der Regierung sicher nicht gewünscht worden ist, kann die Unterschrift der Bürgermeister nur als Ausdruck ihrer persönlichen Überzeugung angesehen werden. Die Kommission hat sich hier auf einen etwas zu formalistischen Standpunkt gestellt. Auch daraus, daß ein paar Eisenbahnbahnhofsbeamte den freisinnigen Wahlaufruf unterschrieben haben, kann doch nicht der Schluß gezogen werden, daß die Regierung die Wahl des Herrn Blumenthal wünschte. Es handelt sich hier wirklich um keine Wahlbeeinflussung, sondern um den Versuch, eine rite zufolge gesetzogene Wahl unter dem Schein der amtlichen Wahlbeeinflussung ungültig zu erklären. Das wollen wir verhindern.

Wallstein (S.): Es kommt darauf an, ob die Kandidatur Blumenthal der Regierung nicht relativ besser gefallen hat, wie etwa andere Kandidaturen. Besonders aber kommt es darauf an, welchen Einfluß die Bürgermeister auf die Bevölkerung haben. Die Kommission war deshalb durchaus im Recht, die Wahl für ungültig zu erklären.

Dr. Arentz (R.) ist der Ansicht, daß die Ungültigkeitsklärung nur ausgesprochen werden könnte, wenn der polizeiliche Charakter der elsißlichen Bürgermeister erwiesen wäre. Da das aber nicht der Fall sei, stimme er für die Gültigkeit der Wahl.

Dr. Bonderseher (Elsässer) bestreitet, daß die Bürgermeister im Elsaß-Lothringen von der Regierung vollständig unabhängig seien.

V. Jazdewski (Pole) tritt für die Ungültigkeitsklärung der Wahl ein.

Gothein (FB): Meine Freunde sind der Meinung, daß die Bürgermeister im Elsaß politische Funktionen haben, daß daher ein Eintreten derselben für einen bestimmten Kandidaten unzulässig ist. Ein Teil meiner Freunde wird aber für die Gültigkeit stimmen, weil auf beiden Seiten unzulässige Agitationen von Beamten geübt worden sind.

Der Antrag Payer auf Gültigkeitsklärung der Wahl des Abg. Blumenthal wird gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei und eines Teils der Freisinnigen Vereinigung abgelehnt und der Kommission beauftragt, eine Urkunde zu erläutern.

v. Gerlach (Holz. b. d. FB): tritt für die Gültigkeit der Wahl ein, da die Wahlprüfungscommission es abgelehnt habe, einen Punkt des Gegenprotests, welchen der Reichstag zur Prüfung überwiesen habe, zu prüfen. Allerdings ist dieser Gegenprotest nicht in der geschäftsordnungsmäßigen Frist eingeliefert worden. Aber das Plenum habe doch die Kommission beauftragt, über das in dem nicht geschäftsordnungsmäßigen Protest behauptete Material Beweis zu erheben. Aber auch abgesehen davon muß die Wahl für gültig erklärt werden, denn als die von der Kommission bemängelte Wahlbeeinflussung zugunsten des Konservativen erfolgte, war der nationalliberalen Kandidat überhaupt noch nicht aufgestellt. Diesem konnte also durch die amtliche Wahlbeeinflussung gar kein Eintrag geliehen. Außerdem hat der Regierungspräsident, als dann ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt wurde, seine Unterschrift zurückgezogen, und diese Zurückziehung hat dem Nationalliberalen Sicherlich mehr genügt als geschadet.

Fischer-Berlin (SD): Die Wahlprüfungscommission hat den Plenarbeschuß des Hauses nicht befolgt, die in dem Gegenprotest behaupteten Tatsachen erneut zu prüfen, und deshalb haben wir den Antrag auf nochmalige Beweiserhebung gestellt. Seit jeher hat man sich bei Wahlprüfungen nicht an die Frist gehalten, wenn die Tatsachen, die nachträglich berücksichtigt werden sollten, aus der eigenen Kenntnis des Hauses stammten. Das ist z. B. bei der Prüfung der Wahl des Nachfolgers von Stumm der Fall gewesen. Hier liegt die Sache noch klarer, da ein tatsächlicher Auftrag zur Prüfung des neuen Materials vom Plenum gegeben worden ist. Selbst wenn ich mit der Mehrheit der Kommission die Auffassung hätte, daß Artikel 4 die Prüfung neuer Tatsachen verbietet, so hätte die Kommission doch unsere Ergänzungsbehauptungen prüfen müssen, denn sie beziehen sich alle auf Behauptungen des Protests und bringen keinerlei neue Behauptungen vor. Die Kommission hat hier wirklich nicht sachlich, sondern nach der Person oder nach der Partei entschieden. Man kann wirklich sagen, weil die Wahlbeeinflussung gegen den sozialdemokratischen Kandidaten nicht von Erfolg war, wird die Wahl des Konservativen kassiert, und weil die Wahlbeeinflussung zu gunsten des nationalliberalen Kandidaten auch erfolglos war, wird die Wahl auch kassiert. Das

heist: Wahlbeeinflussungen sind gültig, wenn sie zweimal zu ungünstigen Sozialdemokraten verübt werden. (Lebh. Besall b. d. Sozial.)

Damit schließt die Diskussion.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt und die Wahl des Abg. Braun (SD) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der meisten Frei-jungen für ungültig erklärt.

Hierauf wird die erste Beratung der Börse eingezogen und fortgesetzt.

Schmidt-Berlin (SD): Wir sind uns jederzeit darüber klar gewesen, daß es Auswüchse im Börsen- und Bankverkehr gibt, die aber kaum durch gesetzliche Bestimmungen unterdrückt werden können. Das ist natürlich, weil die Börse mit all ihren Tätern mit dem ganzen modernen Kapitalismus zusammenhängt. Das Verbot des Terminhandels hat sich als sehr ungünstig erwiesen. Die Landwirtschaft kann nicht wie die Industrie jederzeit die Produktion nach dem Bedarf schnell steigern, außerdem ist sie auf den Bezug vom Ausland angewiesen. Daher ist das Beizegeschäft für sie eine Notwendigkeit. Ich mache die Börse nicht für alle Erscheinungen im Wirtschaftsleben so verantwortlich wie Herr von Hanik. Die Preissteigerungen röhren nicht von den Treibereien der Börsenjobber her, sondern haben den effektiven Handel zum Hintergrund. Sie treten dann ein, wenn wirklich keine Ware zu finden ist. Durch das Börsengesetz sollte die Sicherheit des soliden Geschäftsverkehrs an der Börse gefördert werden; diese Bestrebungen haben auch wir unterstützt. Dann sollte das Publizum vor Verlusten bei der Börsenspekulation geschützt werden, eine Maßnahme, der wir schon gleichgültig gegenüberstehen, da das werttätige Volk an ihm nicht beteiligt ist. Drittens sollten durch das Terminhandelsverbot Preissteigerungen zugunsten der Produzenten stattfinden. Die Preise sind ja auch gestiegen. Aber dafür mache ich nicht das Verbot des Terminhandels, sondern die Bildung der Syndicate verantwortlich. Das die Agrarier sich eine Preissteigerung, wie sie bei Kohlen und Eisen erfolgt ist, wünschen, verstehe ich. Aber es liegt nicht im Interesse der Konsumenten, ihnen ein ähnliches Mittel für die Preissbildung aus dem Getreidemarkt zur Verfügung zu stellen, wie es das Kohlen- und Eisenlobby ist für die industriellen Rohstoffe bedeutet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was die letzten Maßnahmen angeht, so glaube auch ich, daß sie ohne das Verbot des Terminhandels nicht so erg gewesen wären. Und es liegt gewiß im Interesse der Arbeiter, daß eine wirtschaftliche Doroute möglich eintritt, da um ihre Rückwirkung ebenso leicht auf die Lage der Arbeiterklasse aufzert. Es läßt sich in der Tat nicht bestreiten, daß es eine bedeutsame Wirkung der Börsengesetzgebung ist, wenn der solide Markt dadurch unüchter gemacht wird, daß man auf dem Produktionsmarkt das Spiel ausübt und die unüchteren Elemente nach dem Kaffeemarkt hinträgt. Ich glaube auch, daß das letzte Börsengesetz einen Teil des Börsenverkehrs ins Ausland getrieben hat. Das ist kein erwünschter Zustand. Denn es ist ungünstig, daß unter Geldmangel ständige Mittel und Kapitalien erhalten, weil sonst Industrie und Handel gelähmt, nicht gefördert werden. Die Agrarier bekämpfen das Börsenpiel, während sie dem Lotteriespiel, dem Spiel am Totalisator gar nicht abgeneigt sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die künftige Entwicklung der Agrarier ist mir so zweifürdiger, als eine ihrer ersten Anstrengungen, Herr Stahlberg, sehr enge Beziehungen zu Josef Leder, dem französischen Chicagoer Börsenjobber zu ernehen. Es ist anzusehen, daß gerade die Deinde der Börse von den Früchten dieses Gärtners so gerne nachzieht. (Lebh. Besall b. d. Soz.) Die Börse behauptet auch, daß unsere Kornhäuser, die mit Subvention der Regierung errichtet sind, nur da florieren, wo sie ein bisschen Terminhandel bereitstellen. Heiterkeit b. d. Soz. Herr Müller hat mir Recht auf den großen Einfluß der Börse in politischer Beziehung hingewiesen. Vermischten doch die höchsten Staatsbeamten ihrestellungen mit den leitenden Stellen großer Banke. Sitz doch das Einkommen eines Ministers von dem Gehalt eines kleinen Bankdirektors so verschieden, wie etwa das Gehalt eines Schatzmeisters von dem eines Minister. Das Gehalt regiert die Welt, und der Einfluß des Großkapitals macht sich überall, auch in der bürgerlichen Presse bemerkbar. Die ehrliche Scandalen weckt vielleicht Sätze von beobachteten Börsenadventuren. Wir fragen uns, ob wir bei den Novitäten des Börsengesetzes nicht Fortschritte treffen müssen, daß nicht ein Monat 14 bis 15 Aufklärungsunternehmen übernimmt. Auch die Frage der Gründung von Tochtergesellschaften ist durch die Eintrittsregelung entgegesezt worden. Aber das und nur Präsentationsmittel, die den Tendenzen des Großkapitals nicht erfolgreich gegenüberstehen können. Die Arbeiter leiden unter der Konzentration des Kapitals und wir müssen darum streben, ihm eine möglichst große Freiheit vom Einfluß des Kapitalismus zu verschaffen. Wir müssen deshalb, daß der übermächtige Einfluß des Kapitals im wirtschaftlichen und politischen Leben zurückgedrängt werde. Lebh. Besall b. d. Soz.

Besall (SD): Die Preissbildung für landwirtschaftliche Produkte ist unvollkommen, aber der Rechtsstreit ist schon bedeutend vorwärtsgekommen. Dem Börsenrecht kann ich nicht bestimmen, daß der Terminhandel eine geeignete Grundlage für eine gerechte Preissbildung ist. (Sehr richtig! resp.) Das wirtschaftliche Leben hat höher und tiefer gehoben vor wie nach dem Börsengesetz. Es ist nicht beweisen, daß das Börsengesetz die Krise verschärft hat. Die industriellen Zuschüsse zum Beispiel, bestimmt das Börsengesetz. Parteien gegen Freiheit und Glauben beworbenen kann. Wenn sich die Freiheit durch die Eintragung ins Register bewußt fühlen, versteht sich nicht. Sehr richtig! im Schrift. Das reicht ja allerdings, daß die kleinen Provinz-Banke durch den Einfluß der großen Banken eine gewisse Sorge gegen die Eintragung bekommen hätten. (Schrift. links): Die großen Sächsischen Banken liegen ja alle im Register! Lassen Sie doch Ihre Unterzeichnungen! (Lebh. Karlsruhe links). Das Wichtigste an der Börse ist, daß die Preisentwicklungen des Terminhandels zum wesentlichsten Teil wieder entgegengesetzt werden. Das muß man einfach selbst sehen. (Schrift. im Zentrum und rechts). Wenn es nicht nicht dem Börsenrecht keine Hand geben, Zeit- und Wertungsbeschränkungen bei Preisbildung bestimmte Konten zu schaffen. Ist hierzu, daß er den Börsen der Börse zu weit entgegenkommt. Wohlhabende und Durchsetzung kommt bei keinem bestimmten Umfang sehr gut ohne Gewährleistungshandel aus. Der Terminhandel hat auch hieraufs nicht diejenigen zusätzliche Preisregulierende Macht. Der Regel, der kein Preisunterschreiten durch das Gesetz des 1886 vorgesehen werden ist, darf nie wieder geprägt werden. (Schaffner Bayreuth rechts und im Zentrum).

Münster Müller: Ich befürchte, dass mein Befürchtung gesprochen wurde, daß an dem Bericht des Terminhandels nicht der Preisregulierung nicht genügt werden soll. Wir wollen den Preisunterschreiten nur durch Kosten, die diese Grenze befehlen. Da kann durch das Gesetz von 1886 gewissemaßen kontrolliert, ob nicht Preisunterschreiten zu entgehen, oder nicht. Die Bedeutung der Börse über die Statistik des Jahresberichtes für Schriften kommt

von den landwirtschaftlichen Vertretern im Börsenausschuß. (Hört, hört! links).

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Novelle zum Krankenfürsorgegesetz für Seeleute und Fortsetzung der heutigen Debatte). Schluß 6½ Uhr.

England und Japan.

Der strategische Aufmarsch der ersten japanischen Armee in Nordkorea scheint beendet, und es sieht so aus, als hätten sich die Japaner zu einem größeren Schlag gegen die Russen an. Aus Tokio meldet nämlich das "Reuter-Bureau": "Die freudigen Militärräte haben bei der ersten Armee habe Anweisung erhalten, sich für Sonnabend zum Aufbruch bereit zu halten." Daraus läßt sich wohl entnehmen, daß der Kampf in etwa vierzehn Tagen von den Japanern ernstlich begonnen werden wird. Vielleicht schlagen sie bei ihrer Abreise gegen die Verbretzung durch die Militärräte auch schon früher los. Einweiser treffen sie am Hafen die Vorbereitungen für den Flußübergang. — Im Rahmen von Port Arthur herrscht nach einer Meldung der "Russ. Tel. Ag." Ruhe. Versuche, welche die Russen mit Unterseebooten anstellen, sind angeblich glänzend gelungen. — In Tientsin erhält sich das Gerücht, daß die Japaner die Festungswerke von Nutschwang Montag nach besessen haben. Da jedoch von keiner Seite eine Bestätigung vorliegt, scheint es sich nur um ein leeres Gerücht zu handeln. — Aus Tokio datei meldet ein "Loffan"-Telegramm, daß dort 10 japanische Truppentransport-Schiffe und eine Anzahl Kriegsschiffe zu ihrer Endstelle bereit liegen. Als Bestimmungsort der Schiffe vermutet man Vladivostok. — Einem Gerücht zufolge, das in Petersburg umgeht, sollen die Japaner eine "erneute Niederlage" am Falufluß erlitten haben. Ihr Brüdermaterial sei zerstört worden. Da von keiner Seite ebenfalls über den Vorgang irgendwie berichtet wird, scheint es sich auch hier nur um eine Tatsachenangabe zu handeln, genau wie sich jetzt der angebliche Anschlag von zwei Japanern auf den General Europäerin als eine Legende herstellt.

Politische Weltgeschichte.

Deutschland.

Wieder ein diplomatischer Triumph. In Rom, wo jetzt die Veränderung des "Gesetzes" mit dem Verbüroden des Deutschen Reichs feierlich gefeiert wird, sollte am Dienstag eine Statue des großen französischen Dichters Victor Hugo in Anwesenheit des Präsidenten Coolidge und des italienischen Königspräses feierlich enthüllt werden. Indes ist die Täuschung des Königspräses an dieser Dichterfeierung plausibel abgefragt worden. Warum? Man hat sich in Deutschland daran erinnert, daß die von Wilhelm II. der Stadt Rom geschenkte Statue Goethes, ein Werk des Siegessäulekünstlers Schele, ebenso wie der große Thron in Washington noch immer seiner Enthüllung entzogen war. Zwischen Berlin und Rom rosten Telegramme herüber und hinüber. Die deutsche Botschaft möchte vertraulich darauf aufmerksam, daß die Victor Hugo-Statue mit Rücksicht auf die noch nicht erfolgte Enthüllung der Goethestatue versehen sollte. „Ne, dann nix!“ mag Giulio Emanuele im besten Stilnig gebracht haben, und er entschloß sich, zu Hause zu bleiben. Die diplomatischen Interaktionen Deutschlands dürften im Ausland rechtgerade eine sprichwörtliche Verärgertheit erlangen. In dem einen Falle hindert man die österreichische Regierung einem ersten sozialpolitischen Kongress, wie dem Heimarbeiterkongress, beizutreten, in dem anderen beschränkt man die Freiheitigkeit des italienischen Königs, da man ja verlegt hätte, wenn dieser an der Eröffnung eines der größten Dichter teilnehmen würde. Kurz, so eine "befreundete Regierung" davon ist, der monarchische Kaiser ihre Weisung zu befolgen, kann man sicher sein, daß ihr eine diplomatische Note aus der Stadt der Goethefeier in die Bude führt. Die deutsche Diplomatie bereitet gegenwärtig der Geschehensförderlichkeit einen zärtlichen Hut, der nicht jedermanns Größe ist. Wir würden uns höchstens gegen den Verdacht vertheidigen, daß wir das „Verleugnen“ fürchten könnten, wenn irgend ein König das Denkmal irgend eines Künstlers entthüllen lassen will.

Deutsche Neutralität. Daß von der deutschen Flotte Säcke und Torpedoboote an die russische Regierung verübt wurden seien, ist bekanntlich von amtlicher Seite bestätigt worden und die Nachricht war auch in der von den verschiedenen Blättern gebrauchten Form durchaus unglaublich. Deswegen erfaßt die "Leipz. Volkszeitung" als ganz früher als Elbing, daß auf der dortigen Schlesischen West gegenwärtig acht Maschinen zu vier Torpedoboote für Russland gebaut werden. Die Boote sollen in Polen hergestellt und die Maschinen per Bahn verfrachtet werden. Es wird mit solcher Eile gearbeitet, daß seit einigen Wochen in verschiedenen Werften (z. B. bei den Kupferschmidern) bis 10 Uhr abends gearbeitet wird. Außerdem geht in Elbing das Gerücht, daß in der vorliegenden Schlesischen Lokomotivenfabrik Gräfelfeld für das russische Schatzamt 15 "Könige" hergestellt werden. Hierüber wird nun noch nähere Erkenntnisse erzielt.

Die Budgetkommission des Reichstages legt Wittich ihre Bedenken über die Reichsfinanzreform fort, beschränkt bis auf 2 Jahre und tritt später in die zweite Sitzung ein. In der selben wurde der § 1 des Entwurfs nach längerer Diskussion entsprechend einem fraktinierten Antrag Spehn-Schell mit 19 Stimmen gegen die Stimmen der Grünen und Sozialdemokraten in folgender Form abgelehnt: § 1. Die Befreiung über die Übertragung eines Teiles des Utrages der Zölle und der Zollspesen an die Staatsbeamten (§ 8 des durch die Verordnung vom 24. Mai 1885, R. G. S. C. III veröffentlichten Gesetzes) wurde entgegengesetzt. Der Antrag der Reichsfinanz- und Materialkammer ist den einzelnen Staatsbeamten nach Absprache der zuständigen Behörde, mit welcher sie zum Gewebe der Staatsbeamten Rechenschaft abzugeben, zu übertragen. § 2 wurde in unveränderter Form nach dem Gesetz erster Lesung angenommen, § 3 wurde gestrichen, § 4 in der Fassung

eines Antrags Spehn wie folgt angenommen: "Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1904 in Kraft." Ein ganz sarkastischer Anhänger des unentzogenen Eugen ist anscheinend der Wirt der Königswitzer Jubiläumskasse, der am Donnerstag Abend dem von der preußischen Volkspartei wegen seiner liberalen Gesinnung gerüffelten Dullo, der in der Jubiläumshalle über Konsumvereine sprechen wollte, das Wort verbot und stattdessen, um seinem militärischen Verbot Geltung zu verschaffen, das Gas abbreche, so daß Dullo im Dunkeln plauschen mußte. Später siegten Dulos Anhänger das Licht wieder an und zu guterletzt kam auch noch die Polizei, um das Licht zu wahren und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Erstaunliches Vieriges des Wirtes und die von neuem wiederholten Versuche, das Licht zu löschen, machten jedoch endlich den Schluß der Versammlung notwendig. Dieser wurde vom Vorstand mit den Wörtern verkündet, daß man leider der Gewalt weichen müsse. Das Komische bei dieser Angelegenheit ist, daß ja mit Sicherheit die Beteiligten gerichtlich vorgehen wollen: Herr Karnus will wegen Haussiedelsbruchs gegen die Teilnehmer der Versammlung klagen, der Vorstand des Vereins Deutscher Kaufleute, der den Saal für den Abend gemietet hatte, will gegen Herrn Karnus Strafantrag wegen Haussiedelsbruchs stellen und der Polizeibeamte will wegen Haussiedelsbruchs, Beamtendelitizität und Widerstands gegen die Stadtwacht Anzeige erstatten.

Eine Abänderung des plutoökonomischen Gemeindewahlsrechts wurde am Dienstag von der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. mit knapper Mehrheit (27:22 Stimmen) beschlossen. Das alte Wahlrecht von 1867 besagt, daß nur Preußen das Wahlrecht (Württemberg) erwerben können, die 1 Jahr in Frankfurt wohnen und 700 Gulden (ca. 1200 Mark) versteuerbares Einkommen haben. Dieser hohe Zensus wurde nunmehr auf Vorschlag der Stadtverordneten Dr. Daurat (SD) und Dr. Birndorfer (Dem.) auf 900 Mk. herabgesetzt. Bisher war es unsern Parteigenossen infolge des hohen Zensus nicht möglich, in Frankfurt a. M. aus eigener Kraft ein Stadtverordnetenmandat zu erringen, in Zukunft wird das, falls die Regierung ihre Zustimmung zur Abänderung giebt, hoffentlich anders werden. Die Nationalliberalen stimmen geschlossen gegen die Wahlrechtsreform, ebenso ein Teil der Freisinnenden, ein anderer Teil der leichten drückt sich — Vorsicht ist die Mutter ihrer "Prinzipien" — vor der Abstimmung.

Kleine politische Nachrichten. Der Kolonialrat wird im Juni einberufen werden, um die nächsthöheren Eats für die Schutzgebiete zu beraten, über die jetzt von den Verwaltungen der Schutzgebiete überreichten eingesandt werden. — Die drei Richter im Bilseprozeß haben jetzt sämtlich den Abschied erhalten. Nachdem schon vor einiger Zeit der Divisionskommandeur General von Lippelskirch, der Gerichtsherr im Bilseprozeß, verabschiedet worden war, wird jetzt der Abschied gemeldet vom Oberstleutnant Geisel im Infanterie-Regiment 98 und Major Wild, desselben Regiments. — Wegen schwerverletzten Majestätsbeleidigung wurde ein Arbeiter aus Limmer an der Bahnhofstraße Schwarmstedt-Berden verhaftet. — Die Ehe des Reichstags- und preußischen Landtagsabgeordneten Kortant ist für regulär erklärt worden, und der Papst hat die Entscheidung genehmigt. Infolge dessen wird, einer Meldung aus Krakau folgend, der Klage des Erzbischofs Kopp gegen den Pfarrer Pater Mikulski, der den Trauungsaufzug vollzog, keine Folge gegeben werden. — Das Oberkriegsgericht in Magdeburg verurteilte den Leutnant Heilmann wegen Abgabe unrichtiger Meldungen zu vier Tagen Stubenarrest, den Oberleutnant Kortant zu fünf Tagen Stubenarrest. — Bei den Gräfinswahlen zum Gemeinderat in der vierten Kurie in Wien siegten die Christlich-Sozialen über unsere Parteigenossen. — In Innsbruck verursachten Dienstag die deutsch-nationale Studenten bei einem Konzert eines böhmischen Violinisten Lármende Kündigung. — Die Wiedereinberufung des ungarischen Reichstages wird erst in der ersten Hälfte des Mai erfolgen, da die Regierung erst die vollständige Ausgleichung des Eisenbahnerstreits abwarten und eine nochmalige Störung der Situation durch Heimreden im Parlament unmöglich machen will. — Die holländische Kolonne Daley hat die befestigte Stellung der Eingeborenen in Batavia im Sturm genommen. Die Eingeborenen verloren 122 Tote und 60 Gefangene. — In Westaustralien ist, wie der "Austral. Arg." geklabbt wird, eine Bewegung gegen die angebliche Überhandnahme österreichischer und italienischer Minenarbeiter im Gange.

Afrika.

Die Lage in Transvaal scheint doch kritischer zu sein, als die Engländer wahr haben wollen. In dem Gebiete von Lydenburg in Nordost-Transvaal sollen noch einer Privatmelung aus Johannesburg entgegen den offiziellen Meldungen noch immer sehr bedrohliche Zustände herrschen, und die Gefangenennahme der Durantschen Bande, über die wir vor einigen Tagen berichtet haben, soll daran nicht viel geändert haben. Alle waffenhafte Männer in Lydenburg haben sich bewaffnet und ein Fort gebaut, in welches das Bargeld aus der Bank jeden Abend in Sicherheit gebracht wird. Die Zugangsstrassen zur Stadt werden ebenso wie das improvisierte Fort scharf bewacht, um Übergriffe zu verhindern. Die bis jetzt verhafteten Leute haben sich auf Viehdiebstahl und die Bevorzugung von Kaffern beschuldigt, doch scheint es sich um Söldner zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Lydenburg vergraben, als General Buller die Kommandos über das Gebiet drängte. Kurzlich soll ein Geschütz ausgegraben worden sein. Man glaubt aber, die getroffene Vorbereitung drohende Gefahren abgewendet haben. Die Buren verwahren sich übrigens mit großem Eifer gegen die Behauptung, daß sie revolutionäre Gruppen zu handeln, denn das ganze Land ist in Unruhe. Die National-Scouts (Buren), die auf Seiten der Engländer gekämpft haben, werden bei jeder Gelegenheit geschlägt und bedroht. Es ist bekannt, daß die Buren große Vorräte an Waffen und Munition unmittelbar nördlich von Ly

Künste die Hände der Regierung zu käfigen. — Allzu viel Wert werden die Engländer aber diesen ostentativen Sozialitätsverzerrungen wohl nicht beilegen dürfen.

Gübed und Buchhauptebete.

Donnerstag, den 28. April.

Weltfeiertag der Arbeit. Das Maifest naht, der Feier- und Ehrentag der Arbeit, der höchste Feiertag für die klassenbewusste Arbeiterschaft. Wo ehrliche Proletarierherzen schlagen, rüstet man sich, den vom internationalen Arbeiterparlament zu Paris im Jahre 1899 eingesetzten Feiertag der Arbeit in ernster und würdiger Weise auf begreifen.

In allen Kulturstädten auf dem ganzen Erdentund rüsten die Kämpfer einer neuen Weltanschauung, die Gleichheit und Gerechtigkeit fordert für alles, was Menschenartig trägt.

Erlösung aus den harten Banden des Kapitalismus fordert die denkende Arbeiterschaft; sie bekämpft die kulturwidrige Auspowerung des Menschen durch den Menschen und erstrebt die Errichtung einer vernünftigen und gerechten Gesellschaftsordnung.

Die Fundamentalsforderung, die Vorbereitung für weiteren sozialen und kulturellen Fortschritt muss verwirklicht; zur Wahrheit werden muss der Arbeiterschub, der Achtstundentag!

Millionenfältig ergeht am 1. Mai dieser Ruf an die gesetzgebenden Gewalten. Doch erst wenn alle in den Banden des Kapitalismus sich befindenden Bedrückten ihre Klassenlagen erkannt haben und die Forderungen der Kultur wie Sturmesbrausen durch die Welt erönnen, wird der engerzige kapitalistische Klassenstaat eiuwilligen in Acht Stunden Arbeit! Acht Stunden Erholung! Acht Stunden Schlaf!

Mügeln sich auch noch so große Hindernisse der fortschreitenden Kulturbewegung in den Weg, werden — das Klassenbewusstsein des Proletariats wird sie überwinden. In der Einigkeit und Einheitlichkeit des Kampfes liegt die Kraft zum Siege unserer Weltanschauung.

Darum auf, Ihr Lübecker Arbeiter, zum Maienfest der Arbeit! Sorgt dafür, dass sich die diesjährige Maideemonstration zu einer imposanten gestalte!

Das Polizeiamt hat in zarter Rücksichtnahme auf die bürgerlichen Kreise der Bevölkerung unsere bewährte rote Parteifahne von dem Mützen ausgeschlossen, um dem Festzug den Charakter einer „sozialdemokratischen Demonstration“ zu nehmen. Parteigenissen! Agitiert nun mit allen Kräften dafür, dass der Festzug auch ohne rote Fahne durch seinen gewaltigen Umfang sich zu einer wirkungsvollen sozialdemokratischen Demonstration gestaltet! Das ist die beste Antwort auf die Stottern geheimer Kreise!

Neben einer zahlreichen Beteiligung an dem am Sonntag stattfindenden Demonstrationszug ist es aber auch die Pflicht der klassenbewussten Lübecker Arbeiterschaft, in Massen in der am Sonnabend Abend im Vereinshaus stattfindenden Volksversammlung zu erscheinen. Der aus der Wahlkampagne auch bei uns bekannte Genosse Ch. Meyer aus Hamburg hat das Referat über den 1. Mai übernommen.

Hoch der 1. Mai!

Sie wollen nicht mehr unterhandeln! Mit Rücksicht auf den Umsland, dass die Aussperrung auf der Koch'schen Schiffswerft nicht nur den beteiligten Arbeitern, sondern auch einem nicht geringen Teile der Geschäftslute mehr oder minder fühlbare Wunden schlägt, ist am gestrigen Tage seitens der Nieter abermals der Versuch gemacht worden, Unterhandlungen mit der Direktion zu pflegen. Einer dreigliedrigen Kommission war auf Veranlassung eines vollständig unbeteiligten und unparteiischen Herrn eine Unterredung mit der Direktion augesichert worden. Als nun seitens der Kommission an den Director die Frage gerichtet wurde, ob er geneigt sei, mit ihr in eine Beratung der strittigen Punkte einzutreten, verneinte er diese Frage mit der Erklärung, dass die Unterredung der Kommission nur zugestanden werden sei, um ihr gegenüber das Angebot der Direktion zu wiederholen; auf weitere Unterhandlungen wolle sich die Direktion überhaupt nicht einlassen.

Diese Erklärung der Direktion zeugt davon, dass letztere den Frieden nicht will. Läge ihr, wie immer behauptet wird, das Interesse der Arbeiter, sowie des Gemeinwesens wirklich am Herzen, dann hätte sie sich in eine nochmalige Beratung der einzelnen Punkte einlassen müssen und auch können. Handelte es sich doch bei der ganzen Streitfrage, die schließlich die Aussperrung zur Folge hatte, um eine äußerst geringfügige Differenz, nämlich die Gleichstellung der Binnen- mit den Außenarbeiter. Während man letzteren eine zehnprozentige Akkordpreiserhöhung zugestanden hatte, wollte man erstere mit 5 Prozent abspeisen, vermutlich um die Uneinigkeit unter den Arbeitern zu nähren.

Die Werft hat also ihre „Friedensliebe“ dadurch dokumentiert, dass sie jede weitere Verhandlung ablehnt. Sie will den Kampf! Nun gut, sie mag ihn haben! Der überwiegende Teil der hiesigen Bevölkerung aber wendet nunmehr seine Sympathie nicht etwa der ihren „Herren“ standpunkt vertretenden Werftleitung, sondern den um geregelte Arbeitsverhältnisse ringenden Ni-

tern zu, selbst auf die Gefahr hin, dass „man“ von ihm behauptet, er sei schon „ganz in den Sumpf sozialdemokratischer Aussprägung hineingezogen“ worden!

Zur Aussperrung auf der Koch'schen Schiffswerft wird uns geschrieben: Wie schon näher dargelegt, handelt es sich bei der Arbeitsniederlegung der Nieter um keine Lohnforderung, sondern um eine Regelung der Arbeitsverhältnisse beim Nieten und Stellagenbau. In den nachfolgenden Darlegungen soll nun der Beweis erbracht werden, dass der Stellagenbau auf anderen Werften noch besser geregelt ist, als die hiesigen Nieter in ihrer Forderung verlangen. Da verschiedentlich Vergleiche zwischen der Rostocker und Lübecker Werft gezogen werden sind, wollen wir uns zunächst mit den Verhältnissen auf der Rostocker Werft beim Stellagenbau beschäftigen. Ist dort ein Schiff abgelaufen und der Helling leer, dann bauen die Schiffszimmerer, ebenso wie in Lübeck, eine Stellung zu dem Rahmen. Doch scheint es, als wenn man in Rostock nicht so sorgsam mit dem Material umgeht wie in Lübeck. Dort wird wenigstens die Rahmen-Stelllage, allen Ansprüchen genügend, 4 bis 6 Brett breit gelegt; sie bleibt auch solange liegen, bis das Schiff zu Wasser gelassen ist. In Lübeck jedoch, wo die Rahmen-Stelllage nur 2 Brett breit ist, ist dieselbe nach dem Ausrichten der Spannen — ob aus Mangel oder Überfluss des Materials, wissen wir nicht — spurlos verschwunden. Außerdem wird in Rostock gleichzeitig mit der Rahmenstelllage eine zweite Stelllage mittschiffs rund um das Schiff gezogen; da auch diese Stelllage liegen bleibt, so ist für alle Arbeiter, die an dem Schiffe arbeiten, Zenten anzuschrauben, die unten Kopfstücke oder Balken nieten u. s. w., eine feste Stellage vorhanden. Auch werden in Rostock zur rechten Zeit Aufgänge und Übergänge über Schanzkleidung und bergl. hergestellt; ferner liegen sämtliche Zicken in den Aufrichtungen und können, wenn sie gebraucht werden, durchgezogen und befestigt werden. So ist's in Rostock; in Lübeck auf der Werft dagegen bestehen derartig gute Einrichtungen nicht, da ist man vielmehr der Meinung, dass das Einstecken von Zicken gar nicht so schlimm ist. — Sobald nun in Rostock die Nieter mit dem Nieten beginnen, dann kommen auf jeder Seite zwei Zimmerleute mit. Unterm Boden verlegen dieselben die Ballung, setzen Stützen usw. Ist der Boden dicht, und die Nieter gebrauchen Stelllage, dann bauen die genannten Schiffszimmerer dieselben, und zwar auf folgende Weise: Wenn die Nietkolonne den fertigen Gang nachsieht, Zehlnieten einschlägt und löse Nieten nachzieht, ziehen die Schiffszimmerer die in den Aufrichtungen stehenden Zicken durch und bereitigen diezelben. Die Bretter werden dann gemeinsam auf die Zicken gelegt, so dass also in ganz kurzer Zeit die Stellagen fertig sind. So geht es von Kolonne zu Kolonne, von unten nach oben nach dem Schiff. Lohn wird dabei nicht gewieben. Was verdient wird, ist reich verdient. Material scheint genügend vorhanden zu sein, wenigstens haben wir nicht gehört, dass man Material verlangt wurde, denn ein Meister sagte, jucht Euch was, da liegt genug herum. Soweit der äußere Stellagenbau. Im Innern sind folgende von Lübecker Leuten gebauten Stellagen in Rostock vorhanden: Wo sich eine Ballenlage anbringen lässt, ist das Schiff mit einer solchen abgedeckt. Rundum das Schiff liegt ein Brettergang von durchschnittlich sechs Breitern. Masten-, Mannlöcher und Kohlenbunker werden vollständig abgedeckt. Außerdem werden um alle Löcher auf dem Schiffe, Luken und der gleichen Schutzvorrichtungen angebracht. Auch auf der Lübecker Werft sind zwar auf jeder Seite zwei Mann, die den Nieter unterm Boden die Ballung weghauen und Stützen setzen. Die Stellagen müssen sich die Nieter, wie schon festgestellt, selbst bauen. Von Schutzvorrichtungen etc. wie in Rostock, findet man in Lübeck trotz eifrigsten Suchens auch nicht die geringste Spur. Es handelt sich hier ja auch „nur“ um Leben und Gesundheit gewöhnlicher Proletarier. — Der Vergleich zwischen den Verhältnissen in Rostock und Lübeck dürfte selbst dem fachkundigsten Leser die Überzeugung ausdrängen, dass auf der Lübecker Werft so manches drin geht, was bei den Stellagen nicht ist. Die Werftleitung scheint jedoch andrer Ansicht zu sein, sonst hätte sie wohl einen etwas andren Standpunkt eingenommen.

In Vorlebendem haben wir einen Vergleich zwischen der Arbeitsmethode auf der Rostocker und der hiesigen Werft aufgestellt. Nurmehr wollen wir in Nachstehendem einen kleinen Vergleich zwischen hiesigen und auswärtigen Nieterpreisen, sofern es sich um die gangbarsten Nieter handelt, liefern. Es werden gezählt für Nieter von

	1 ^{1/2}	1	7 ^{1/2}	8 ^{1/2}	9 ^{1/2}	10 ^{1/2}	Boll
Lübeck	6,50	6,—	5,50	4,50	3,50	—	
Rostock	7,50	6,60	5,85	4,85	—	—	
Kiel	—	—	—	6,—	5,—	—	
Bremerhaven	6,50	6,50	5,75	5,—	4,—	—	
Fleensburg	11,—	9,—	6,—	5,10	—	—	
Begegad	—	8,—	7,—	6,—	4,—	—	

Zu dieser Aussstellung ist zu bemerken, dass der Begegad Tarif als Grundtarif bezeichnet werden muss. Auf den anderen Werften haben sich die vorstehenden Preise von selbst eingelebt. Ferner sei belont, dass die Verhältnisse beim Stellagenbau etc. auf jeder Werft verschieden sind, die in einer kurzen Notiz nicht dargelegt werden können. Das eine aber sei hiermit ausdrücklich festgestellt, dass schlechtere Verhältnisse wie hier wohl schwerlich auf einer anderen Werft angetroffen werden können. Diese Feststellung in Verbindung mit obiger Lohn-Aussstellung dürfte vorläufig zur Kennzeichnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der hiesigen Werft genügen.

Die Deutsche Dichter Gedächtnis-Stiftung versandte kürlich ihren ersten Jahresbericht, der von dem Schriftführer, Dr. Ernst Schulte-Hamburg, verfasst und vom Gesamtvorstand unterzeichnet ist und der über die Zeit von der Begründung (Weihnachten 1901) bis zum 31. Dezember

1903 berichtet. Die Stiftung beweist, „hervorragenden Dichtern durch Verbreitung ihrer Werke ein Denkmal im Herzen des deutschen Volkes zu legen“; sie kann schon in diesem ersten Jahresbericht auf eine schöne und lebensreiche Tätigkeit hinweisen. Es sind nämlich je 35 Werke in 20 Bänden für 500 Volksbibliotheken in Belegschaft gestellt worden — im ganzen also die stattliche Zahl von 10 000 Bänden sorgfältig ausgewählter bester Literatur. Es befinden sich darunter z. B. Romane und Erzählungen von Fontane, M. v. Ebner-Eschenbach, Heinrich Seidel, Raabe, Kleist, Dramen von Lessing, Goethe, Grillparzer, die Deutschen Sagen der Brüder Grimm u. a. Die Verteilung der Bücher findet an Volksbibliotheken in Dörfern und kleinen Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz — und im Auslande, so weit die deutsche Zunge klingt, statt. Drei von diesen Büchern sind von der Stiftung selbst als die ersten Bände ihrer „Hausbücher“ hergestellt und auch in den Buchhandel gebracht worden, in dem sie sich lebhafter Nachfrage erfreuen, da sie sich durch vortreffliche Ausstattung und durch außerordentlich billigen Preis auszeichnen. Insbesondere der dritte Band, der unter dem Titel „Deutsche Humoristen“ eine Sammlung wertvoller humoristischer Erzählungen enthält, wie sie bisher merkwürdigste noch nicht erschienen waren, ist schon in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet. Der Jahresbericht berichtet von der lebhafte Anteilnahme, die die Stiftung verschiedentlich gefunden hat, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass für die Fortsetzung der geschilderten Tätigkeit im Jahre 1904 der Anschluss neuer Mitglieder dringend erforderlich ist, da die Ausgaben des Jahres 1903 mit 17 351,83 M. nur durch Zusammenlegung der Jahresbeiträge zweier Jahre bestritten werden konnten. Der Jahresbericht zählt im Anhang sämtliche der Stiftung zugegangenen Beiträge einzeln mit Namensnennung auf. Es wird von der Anzahl der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel auf Wunsch jedem Interessenten überwandt. Für einen Jahresbeitrag von mindestens 2 M. erhält jedes Mitglied einen Band der „Hausbücher“.

Die Schweineschweine ist unter dem Schweinebestande des Husners Schlichting in Geinitz ausgebrotchen.

Konkursveröffnung. Über das Vermögen des Kaufmanns E. J. Umland in Lübeck ist am 27. April 1904, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Kaufmann W. H. Möller in Lübeck zum Konkursverwalter ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 13. Juni beim Amtsgericht anzumelden.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Alulah des Nieterstreits sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zugang von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

Leichenfund. Heute Morgen gegen 5 Uhr wurde in den Sandbergstannen die Leiche eines unbekannten, anscheinend dem Handwerkstande angehörigen Mannes im Alter von 35 bis 40 Jahren gefunden. Die augenscheinlich durch Selbstmord mittels Erschießens geendete Person hat blonde Haare und blonde Schnurrbart und trägt einen weichen, schwarzen Hut, graubraune Jacke-Anzug, graublaue Sommer-Überzieher, dunkelgraue wollene Strümpfe und Schnallen-Schuhe. Papiere wurden bei der Leiche nicht vorgefunden. Eine Photographie des Unbekannten ist bei dem Polizei-Amte einzusehen.

Geftigetnommen wurde ein Schlosserlehrling aus Breslau, der seitens des Königlichen Amtsgerichts zu Rössel zwecks Vollstreckung einer Gefängnisstrafe steckbrieflich verfolgt wird.

Schwartzau. Frau Wulff, Ranauer Allee 9, teilt uns mit, dass von einer fortgesetzten Misshandlung ihrer Tochter nicht die Rede sein kann. Allerdings sei das Kind gezeichnet worden, aber nicht in einer derartig unmenschlichen Weise. Bei der ärztlichen Untersuchung sei auch nicht die geringste Spur einer Misshandlung konstatieren gewesen. — Wir haben unsere diesbezügliche Notiz erst dann gebracht, als wir die uns gewordenen Mitteilungen in hiesigen Blättern bestätigt fanden. — Die Bahnsteigspur ist auch hier eingeführt worden.

kleine Chronik der Stadtgebiete. Die Polizei verhaftete den Volksschullehrer Schmahl, der in der hambugischen Ortschaft Moornwärder angestellt war und an mehr als zwanzig Schulnächten Sittenverbrechen begangen haben soll. — Der 39jährige Heizer Ernst Quast wurde gestern Abend in Hamburg von dem Händler August Böhme nach vorausgegangenem Wortwechsel durch Messerstiche in das Herz und den Rücken tödlich verletzt. Quast verstarb nach wenigen Minuten. Die Leiche wurde ins Hafenfrankenhause gebracht. Böhme wurde verhaftet.

In Altona wurde ein 4jähriger Knabe durch Lieberfahnen getötet. — Auf dem durch Havarie beschädigten, im Trockendock der Kaiserlichen Werft in Kiel in Reparatur befindlichen großen dänischen Dampfer „Oskar II.“ hatte am Dienstag abend kurz vor Feierabend der Nieter Karsten das Unglück, vom Mitteldeck in den unteren Raum zu stürzen. Karsten wurde derartig schwer verletzt, dass er alsbald seinen Geist aufgab. — In der Nähe von Nienburg und Neustadt a. R. wurden durch große Brände bedeutende Waldkomplexe eingeebnet.

Städter Marktpreise vom 27. April.

	Bauern-Butter	1,05 M.	Meierei-Butter	1,15 M.		
Hajen-Sic.	—	—	Enten-Sic.	3,50 M.		
Kühner-Sic.	2.—	M.	Küken-Sic.	0,60 M.		
Küken-Sic.	—	M.	Lauben-Sic.	—		
Gänse-Bid.	—	M.	Wildgans	—		
Wildgans	0,40 M.	Schinken	0,85 M.	Wurst	1,15 M.	
Wurst	1,15 M.	—	—	—	—	
Teier	12 Sic.	60 Pfg.	Kartoffeln	10 Liter	50 Pfg.	
Kartoffeln	—	—	Karpfen	0,90 M.	—	
Karpfen	0,90 M.	—	Karpienen	80 Pfg.	Hedde	61 Pfg.
Karpienen	—	—	Hedde	61 Pfg.	Barbe	80 Pfg.
Barbe	60 Pfg.	—	Sal	0,90 M.	—	—

Eine fdl. Dreizimmerwohnung mit Balkon und Garten, part. Eine erste Etage, 3 Zimmer mit Zubett und Garten Blücherstraße 28. Näheres Hürstraße 41, II.

Gewandte Hansierer mit Sicherheit sucht F. Dahl, Vornerstraße 8.

Ein guterhaltener Schwagen mit Verdeck billig zu verkaufen Steinaderweg 25.

5 Rentner zu verkaufen: Altes Bauholz, Fenster und Türen, Dachpanee und Dachfenster Wilhelmshof.

Ein Bugänger zu verkaufen. Knapke, Borneb bei Stockelsdorf.

Hermann Struck, Slempner und Mechaniker, Lübeck, Johannisstrasse No. 33

empfiehlt sich zur Herstellung aller einschlägigen Arbeiten,

sämtliche Zink- und Blecharbeiten, sowie Gas-

und Wasserleitungen, elektrische Anlagen.

Reparaturen aller Art werden prompt und billig ausgeführt.

Zu verkaufen: Altes Bauholz, Fenster und Türen, bei sofortiger Absicht auf Wilhelmshof.

„Wilhelmshof“

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Otto Albers

Lübeck Markt 4 Kehl.

find vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . . . 1,80—6,45

Kauzohosen . . . 2,50—6,75

Schlosserhosen . . . 1,88—5,25

Überziehhosen . . . 0,88—2,35

Brillen-Hosen . . . 1,38—3,25

leinenen Jacken, Jacken, Jacken und gerade, 1,23

Seien, Hemden, Schäfchen, Schäfchen, Schäfchen,

Kinder-Kittel erschienen billig.

Wölpen von 30 Pfg bis 1,88 M.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 100.

Freitag, den 24. April 1904.

11. Jahrgang.

Sehnsuchtwünsche der Scharfmacher.

Die Arbeitgeber Organisationen Deutschlands haben bekanntlich struppenlos beschlossen, eine Hauptstelle deutscher Arbeitgeber ins Leben zu rufen. Die Herren nennen diese Organisation ein Schuh und Knöpfe gegen die Sozialdemokratie und sagen, daß der Zentralverband deutscher Industrieller nur den Zweck habe, friedliche Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu schaffen. Ein Blick in die Statuten des Vereins überzeugt uns, nach welcher Art der Friede beschaffen sein soll.

Mit Bedauern erinnern sich die Scharfmacher der Buchstabenvorlage, der ein Begräbnis erster Klasse bereitet worden ist und suchen nun ein privates Buchhausgesetz zu schaffen mit drastischen Maßnahmen gegen alle, die es wagen, gegen den Geldsack zu Felde zu ziehen. Der Grund dieser Forderungen soll sein: der „Schutz“ gegen „unberechtigte“ Forderungen der Arbeitnehmer, der Schutz der Arbeitswilligen, die Ausdehnung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, die Durchführung der Streifzettel, der gemeinsame Schutz gegen Streiks.

Wer also in Zukunft nicht mit dem Lohn, der Arbeitszeit oder mit andern menschenunwürdigen Zuständen zufrieden ist, oder wer es gar wagt, einer Organisation auf Grund des Koalitionsrechts anzugehören, der ist schon dem Scharfmachertum überantwortet. Wer aber gar durch das Vertrauen seiner Kollegen an eine führende Stelle in den Verbänden gedrängt wird, für den beginnt die Haß und der Hass des Geldsacklündels erst recht fühlbar zu werden. Durch schwarze Listen und Verfolgungen aller Art, durch die Hungerpeitsche sollen dann die Unbotmäßigen gejähmt werden. Der § 23 des Statuts des Arbeitgeber-Verbandes lautet: „Jedes Mitglied der Hauptstelle ist verpflichtet, den Beschlüssen auf Niemanden Streikende, Aussesperrter oder widerrechtlich ausgetretener Arbeiter Folge zu leisten. Nach solchen Bestimmungen dürfte wohl auch den größten Optimisten die friedliche Tendenz der neuen Organisation als eitel Lügen erscheinen.“

Bisher schon trieben die Herren ihr rigoroseres Spiel mit den Arbeitern, wie uns der Kampf in Krimmlschau gezeigt hat. Welt über Sachsen Grenzen hinaus werden die daran Beteiligten verfolgt und gehegt, allüberall werden sie an der Betätigung der Arbeit gehindert und kein Staatsanwalt, keine Polizei nimmt sich der Gehechten an. Aehnlich sind die Malermeister im Blauen i. B. vorgegangen, ungefähr 80 Gehülfen, die an der Lohnbewegung teilgenommen haben, sind auf die Dauer von 3 Jahren von der Arbeit ausgeschlossen, weil sie es wagten, Lohnforderungen zu stellen. Die Sklaven, die es wagen, an ihrer Kette zu rütteln, werden mit der Hungerpeitsche bestraft, so will es unsere herrschende Gesellschaft.

In Greifswald machte es sich ein Arbeitgeber noch bequemer; er ließ einfach unter Androhung sofortiger Entlassung folgenden Revers unterschreiben: Unterzeichnete Stimmen der Firma S. Dieder verpflichten sich auf Ehrenwort und gegen Abzahlung einer konventionellen Strafe von 50 Mark (fünfzig Mark), während der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli der Jahre 1903, 1904 und 1905 keine Forderungen, sei es an höherem Lohn oder Verkürzung der Arbeitszeit, zu stellen.“

Das ist eine sehr einfache Lösung, man wundert sich, daß nicht schon viele andere Arbeitgeber den selben Weg beschritten haben. Nur schade, daß ein derartiger Vertrag nach dem Gesetz null und richtig ist.

Aus alledem erfahren wir, was der Gewerkschaftsbewegung in Zukunft droht. Doch „all zu scharf macht schärtig“, das sollen auch die Herren Scharfmacher sich merken. Selbst ein Teil der bürgerlichen Presse sieht dem Auskenterbunde mit gemischten Gefühlen gegenüber. So schreibt die „Berlin. B.Z.“: „Eine Unsumme von Haß und

Die Madonna mit dem Rosenkranz.

Eine altläufige Geschichte von Adolf Paul.

(Nachdruck verboten)

Es war noch früh. Die Schatten der Nacht vorhüllten noch alles. — Stadt und Land schliefen. Kein Laut störte die Stille. — kein auch noch so schwaches Gräusel verriet dem lauschenden Ohr die Stätten, wo tageüber das Leben am stärksten tobte.

Dann, auf einmal, brach es los, aus tausend Schlünden, ein tosendes, dröhrendes, brüllendes Läuten.

„Bin Bam, — der Tag soll kommen, —

„Bin Bam, — die Nacht soll weichen, —

„Bin Bam, — widerhallt's aus dem Raum, vergrämt, — verböhlt, — verbissen, — als hätte die dem Tage weichende Finsternis plötzlich Stimme bekommen, um ihre ohnmächtige Wut über den Sieg des Lichtes einer ganzen Welt in's Gesicht zu schleudern.

„Bin Bam, — aus sämtlichen Kirchen, trozig, frecham, — aufdringlich, — eifersüchtig, — als gäte es schreck, mit beredten Zungen, sich im Anpreisen der Gaben des Feinds zu überbieten und den dem Tage Entgegenschlagenden die möglichst verlockenden Anerbietungen zu machen.

„Selig, selig,“ riefte Sankt Jakobi, — „verdammst!“ drohte Sankt Peter, — „Aat, Amt“, berichtigte der Dom, ängstlich antworteten Kloster und Kapellen mit gehorsamst bimmelndem Echo, bis die Donnerstimmen der Marienkirche mächtig einsetzen, alles überbrüllten und zu einem einzigen chaotischen Urteil der Geräusche zusammenzuläuten suchten.

Dies im Urteil entstieg so etwas wie der Geist des geplagten Metalls, entstieg dem Himmel, zerfloss dort oben in der grauen Dämmerung und lagerte schwer über der schlafrunden Stadt, wie ein melancholisch zitternder Rebel, der alles durchdrang und mit Staub durchzog, leise weinend

Erbitterung gegen Staat und Gesellschaft und gegen die neue Großmacht wird aufgespeichert werden, die sich irgendwie und irgendwo einmal explosiv entladen muß. Die Großindustriellen spielen mit dem Feuer. Der Staat aber begeht eine arge Unterrichtung & führt, wenn er die Macht der Schloß- und Eisenfürsten sich bis ins Ungemessene ausdehnen läßt und eine Kapitalistenpolitik duldet, die den Tod des sozialen Friedens bedeutet.“ Die Aussperrungen haben schon im letzten Jahre riesig an Ausdehnung gegen die vorigen Jahre zugenommen. Nach dem „Reichs Arbeitsblatt“ fanden 70 Aussperrungen mit 35 273 daran beteiligten Arbeitern statt. Der Übermut der Scharfmacher scheint keine Grenzen mehr zu kennen, daher gilt es, die Arbeiter Organisationen sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet zu stärken und auszubauen.

Die Sehnsuchtwünsche der Geldsack-Berater gehen darauf hinaus, auf wirtschaftlichem Gebiet die Arbeiter kampfunfähig zu machen, ihnen das Kooperationsrecht zu nehmen und sie der wenigen politischen Rechte zu berauben. So derart um die Herrschaft gerungen wird, da muß die Arbeiterschaft mit Kraft und Macht der Menschheit höchstes Gut, die Freiheit, verteidigen. Schon stehen circa 900 000 Anhänger der freien Gewerkschaften, sowie die Dreimillionen-Partei als Schutz der Volksrechte da, unablässig schwint diese Zahl und dieses gibt uns die Gewahr, daß durch das ehrliche Handeln und Denken der Proletarier die Sehnsuchtwünsche der Scharfmacher nicht verwirkt werden. Vorwärts in den Kampf, vorwärts zu neuen Siegen, lautet die Parole nach wie vor!

Codesstrafe wegen eines Wortes.

Der „Vorwärts“ fährt fort, Dokumente zum Strafvollzug zu veröffentlichen, von denen wir heute die Akten über einen Fall, der sich im Buchhaus in Celle abspielt, wiedergeben.

Es sind grauenhaftende Dinge, die da zum Vorschein kommen und es wird nichts schaden, den Namen des Mannes zu kennen, der die Verantwortung für diese Vorkommnisse trägt. Es ist der Strafanstalts-Direktor und Leutnant a. D. Blahn, der Vorsteher des Buchhauses in Celle. In Celle soll anfangs der neunziger Jahre ein junger Mann, der wegen Diebstahls zwei Jahre Buchhaus zu dritt erhalten hatte. Wie ihm das Buchhaus zum Schatz ward, das berichten ein paar ganz kurze Zeilenstücke, die schauerlichsten wohl unter dem bisher veröffentlichten grauenhaften Anklagematerial:

§gl. Strafanstalt Celle, den 2. April 1891.

Anzeige des Aufsehers E.

Der Sträfling Schipiorowski — 4516 — hat bei der Einlieferung einen andern angesprochen.

R., Oberaufseher.

Verfügung: 10 Tage Arrest.

gez. Blahn, Direktor.

Vollstreikt vom 2.—12. 4. 91.

R.

8. 4. 91. Anzeige des Aufsehers D.

Schipiorowski — 4516 — hat seine Jacke im Arrest ausgezogen und seinen Kopf darauf gelegt.

R., Oberaufseher.

Verfügung:

Nochmals 10 Tage Arrest.

Celle, 8. 4. 91.

18. 4. 91. Anzeige des Aufsehers D.

Schipiorowski — 4516 — hat während der Nacht im Arrest ein großes Bedürfnis auf ein Stück Papier verrichtet.

R., Oberaufseher.

Berichtet: Nochmals 10 Tage Arrest.

Celle, 18. 4. 91.

Am 4. Mai 1891 war Schipiorowski tot. Wahrend der Verbüßung der letzten 10 Tage — immer Dunkelarrest bei Wasser und Brot, ohne Bettlager, die Steinfliesen als Sitz und Bett — hatte den 25jährigen, gesund eingelieferten Mann ein heftiges Lungen- und Magenleiden befallen, dem er kaum in's Lazarett gekommen, erlag. Daß er zwei, drei Worte gesprochen, dann im Dunkel auf den Flehen liegend, seine Jacke unter den Kopf schob und schließlich ein Bedürfnis verrichtete, darf das nur zweimal am Tage geschehen, bei Nacht ist das Klosett durch ein Gitter abgesperrt — diese drei Verböfe gegen die Hausroutine gestügten dem Strafanstaltsdirektor und Leutnant a. D. Blahn, den Armen in die Höle des Dunkelarrests zu schicken, wo er umkam. In den Buchhäusern findet keine ärztliche Untersuchung der Disziplinierten statt, ehe sie die Strafe antreten; wer den Aufenthalt im Arrest nicht vertragen kann, der geht eben drauf! Im Dunkel der Strafanstalten und Buchhäuser steht es sich geräuschlos.

Sociales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Wegen Differenzen haben die Metallarbeiter der Firma „Regina“ in Berlin, Große Frankfurterstraße 118, die Arbeit niedergelegt. — Der Streik der Männer und Ladierer in Leipzig wurde gütlich beigelegt; es wurde ein bis zum 31. März 1906 laufender Vertrag abgeschlossen. — In der Baubetriebsfabrik von Grieshammer in Striesen wurden Sonnabend 14 Arbeiter, darunter vier Mitglieder der Kommission, die die Arbeiter in der Fabrik vertreten, gemahngestellt. Zugang von Drehern, Schleifern, Formern, Schmieden und Bronzearbeitern ist fernzuhalten. — In Hagen (Westfalen) ist ein Streik der Polsterer und Dekorateure ausgebrochen. — Der Streik der Steinbrucharbeiter an der Ennepe-Talsperre ist nunmehr beendet. Die Arbeiter haben den Streik verloren und die Arbeit wieder zu den alten Bahnsäulen aufgenommen. — Der Zustand der Zeitungsschreiber in Lissabon ist beendet.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kasel bei Mainz wurde die Liste der freien Gewerkschaften mit 285 Stimmen gegen 79 Stimmen der kritischen Arbeiter gewählt.

Eine Arbeitslosigkeit von noch nie beobachtetem Umfang ist jetzt bei den Glaseren anzutreffen, wie die regelmäßige Vierteljahresstatistik des Zentralverbandes der Gläser ergibt. Es waren arbeitslos im 2. Quartal 1903 233 Mitglieder oder 7,1 v. H., im 3. Quartal 766 oder 21,3 v. H., im 4. Quartal 743 oder 19,9 v. H., dagegen im 1. Quartal 1904 1237 Mitglieder oder 33,7 v. H. Am letzten Tage des vergangenen Quartals waren allein 342 Mitglieder oder 9,18 v. H. arbeitslos. Von den Arbeitslosen waren 288 zum Bezug von Unterhaltung am Orte und 549 Mitglieder zum Bezug von Reiseunterstützung berechtigt. Die auf dem Verbandsstage beschlossene Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg. pro Woche durfte durch die Steigerung der Arbeitslosen-Unterstützung vollständig in Anspruch genommen werden.

Der Redakteur des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“, Reinhäuser, wurde wegen angeblicher Beleidigung eines Schriftgießereitreihenden der Firma Stahl zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Es schweden anderer noch fünf Beleidigungshägen gegen Reinhäuser, die ebenfalls sämtlich aus dem Kopf der Schriftgießer resultieren.

gemeißelt. Auf dem Deckel ruhte er selbst, in voller Uniform, mit allen Zeichen seiner Würde geschmückt, und überlebensgroß, wie gefährlich. Es war sein eben bestelltes Grabmal, für dessen Bau die schönen weißen Blöcke bestimmt waren, die noch im Hasen lagerten, und mit dessen Ausführungen er einen jungen heimischen Künstler betraut hatte, um auch der Kunst etwas zufolmen zu lassen und vor allem um, nach seinem seligen Hirnscheiden, standesgemäß und seiner Würde entsprechend zur letzten Ruhe gebettet zu werden.

Und jetzt war's schon um die Ruhe geschehen, — das Grab verlassen, und draußen im Schmiede stand sein nodles Ich, alles lädiertes Glanz, auch des Grabs, entkleidet, und freute sich merkwürdigweise darüber und lachte laut und verhöhnte die hohle steinerne Pracht, die jetzt im Feuer und Flammen unterging.

„Recht so,“ schrie er, „verschul in die Glut, verschwinde, verbrenne und stirg, ein qualmender Rauch, ger Himmel, — such dort die hienieden erträumte Seligkeit, mit Brachtwohnungen für die Reichen und Armeligkeit für die Armen, such nur, und sei so verdammt! Denn den Himmel wünsc du nimmermehr zu sehen bekommen! Der war Lyrus, und deshalb soll et fort, in die Ese, um umgeschmolzen und umgeschmiedet zu werden. Dein Glaube war Übergläube, und deshalb soll er fort, um einem bequemer zu glaubenden Platz zu machen! Wir wollen keine Kirchen mit spitzen Türmen, die uns nur den Himmel zerreißen und zerreißen, daß er unbedingt und zugig wird! Wir wollen keine Kirchen, die weiter nichts nützen, als dem Teufel als Rauschgang und Schoraheim zu dienen und der Hölle die ganze Hölle entziehen. Hüben wie drüben wollen wir nicht frieren! Ordnung muss sein, — fort mit den Freien! — Zur Hölle mit deinem Himmel, — zur Hölle mit deiner Hölle, — zur Hölle mit dir selbst und deinen zerklumpten, alzigerbrüderten Sitten und Bräuchen!“

Gesagt und getan! Er packte den Sarg mit hand der

zu jedem festlich, ob hoch, ob niedrig, — arm oder reich; allen verschleierte er die bleiernen Ohnmacht des Schieles, belebte den Traum, — hißt Welten entstehen und im Nu vergehen in Schlafenden, schlaffen Gemütern.

Gar bis an die gehetige Person der hohen Obrigkeit selbst, den regierenden Herrn Bürgermeister, wagte er sich heran, festzte ihn leise, — marterte ihn ruchlos, verwandelte das prachtvolle Bett in ein Schmerzenslager, wo das geplagte Opfer in unsagbaren Qualen sich schämend hin und her wälzte und sich schäsiglich gut umwarnte.

Die Wendung bewirkte naturgemäß auch eine totale Umwälzung des ganzen magnifizienten Gehirns, dessen gesamter Inhalt von wohlgeordneten Seelengütern also in heillose Unordnung geriet.

Und so diebisch schnell, wie ein Spießrute auf dem Jahrmarkt, huschte der zitternde Glockenton durch's Wirtshaus hindurch, an dem schlafenden Bewußtsein vorbei, stahl von dem herumliegenden Raum das Erreichbare zusammen und schuf daraus einen greulichen Traum, der den allgewaltigen Stadttyran schwer heimlichte.

Er träumte also. Und im Traume war es ihm, als würde er splitternd im Schmied auf dem Markt, mittlerseelenlos in stofffinsterer Nacht. Und vor ihm erhob die Marienkirche, stolz, ihre ragende Masse gen Himmel.

Durch die steinernen Mauern und das Kupfer der Dächer sah er hindurch, als seien sie aus Glas, — sah drinnen alles in Feuer und Flammen, — in dünnen Rauch wabste der Rauch durch die Türme hinauf, alles existiert, bis auf den Klang geschlagenen Metalls, der noch mühsam durchdrang, gedämpft und verhalten wie das Hämmern einer in der Tiefe verborgenen Schmiede, und dem hämmernden Geschauer bezogte, daß der Tempel Gottes jetzt in eine schmutzige Werkstatt der Arbeit verwandelt worden war.

Über tummten des glühenden Flammenmeeres Lemhete hell ein prachtvoller Sarg aus blendend weißem Naturor-

Infolge des ostasiatischen Krieges arbeitslos geworden. Die Holzwarenfabrik Max Böhme u. Co. in Dippoldiswalde (Sachsen), die viel nach Russland exportiert, sah sich gezwungen, etwa 100 Tischler und Arbeiter zu entlassen und die Arbeitszeit auf sieben Stunden zu beschränken.

Kapitalistische Sozialpolitik. Eindringlicher und überzeugender als die sozialdemokratische Presse in einem Dutzend Artikeln beweisen könnte, offenbart sich die Sozialpolitik unserer herrschenden Klasse in einem Inserat, das die Spalten des Halleischen „General-Anzeigers“ zierte. Es hat folgenden Wortlaut:

Ein in Sozialpolitik

erfahrener Mitarbeiter, der in der Lage ist, Artikel zu schreiben, die zur Wahrung der Interessen der Beser dienen und deshalb gegen etwaige beabsichtigte Gesetze und Erlassen, wie z. B. gegen die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen zu gerichtet sein müssen, für ein Fachblatt gefügt. Offerten Poststelle 144 erbettet.

Also ein Sozialpolitiker gegen Sozialpolitik! Der Kapitalismus lässt sich für blankes Geld alles servieren: Artikel für und gegen Sozialpolitik, je nachdem das seinen Bedürfnissen entspricht. Der erfahrene Mitarbeiter muss im vorliegenden Falle überzeugend nachweisen, dass die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen überflüssig und unnötig ist, doch sie am Ende sogar schädlich ist. Die Beser des Fachblattes sollen glauben, das sei wirklich die Ansicht des Verfassers der in Frage kommenden Artikel. Und das zu einer Zeit, in welcher man nach den Erfahrungen im Krimtischauer Streit selbst seitens der Reichsregierung den Erfolg eines Gesetzes, welches den Bebauungen statt für Frauenarbeit festigt, in Erwägung zieht. Aber trotzdem steht Deutschland in Europa an der Spitze der Sozialreform.

Die Statistik der Arbeitslosigkeit in deutschen Nachverbänden hat, wie wir dem „Reichsarbeitsblatt“ entnehmen, auch im letzten Quartal einen weiteren Anstieg erfahren. Der deutsche Holzarbeiterverband, der vom 1. April d. J. ab die Arbeitslosenunterstützung für seine Mitglieder einführt, hat seinen Beitrag erläutert und ebenso hat sich die Allgemeine Vereinigung deutscher Buchdruckergesellen der Stadtlin angepfloßt. Die Aufnahme der Arbeitslosigkeit vom 31. März d. J. umfaßt 446 712 Personen gegen 213 962 Personen noch der ersten Aufnahme. Am 31. März d. J. waren in den angeführten Verbänden, soweit Berichte vorliegen, 7408 Mitglieder aus Ost, 1243 außerhalb des Ostes arbeitslos, es für das 1.9 Proz. aller Mitglieder, über die Nachrichten vorliegen, gegen 2.2 Proz. am 31. Dezember, 1.8 Proz. am 30. September und 3.2 Proz. am 31. Juli. Es ist also gegen die Dezemberaufnahme, wie zu erwarten war, eine Besserung eingetreten, mit der fand der günstige Stand vom September vorigen Jahres wieder erreicht ist. Die höchsten Prozentsätze der Arbeitslosigkeit finden sich bislang bei den Steuerbeamten, Gläsern, Bildhauern und Bildern mit 10.9 Proz. bzw. 9.2 bzw. 8.8 und 7.9 Proz. Die niedrigsten Prozentsätze von Arbeitslosen bezogen sich bei den Schreinern, einzelnen graphischen Berufen und besonders bei den Metallarbeitern. Diese verhältnismäßig geringe Zahl der Arbeitslosen bei den organisierten Metallarbeitern ist eine Verstärkung der sonst vorliegenden Nachrichten über die Metallindustrie, wonach die Arbeitslosigkeit in der Industrie sich in letzter Zeit in allgemeinen geringer gestaltet hat. Eine bemerkenswerte Befreiung ergeben die Zahlen für die Branche der Schuhmacher, Bildhauer und der graphischen Berufe. Auch die Nebenlage der Zölle der Arbeitslosigkeit im vorliegenden Quartal ergibt die verhältnismäßig geringe Gestaltung der allgemeinen Arbeitslosigkeit im letzten Quartal. Es fanden im ganzen 34 470 Fälle von Arbeitslosigkeit. Es ist 100 Mitglieder weniger im Laufe des letzten Quartals 7.7 Proz. Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8.6 bzw. 8.2 bzw. 7.7 Prozent in den drei vorangegangenen Quartalen. Das Ergebnis ist nun so bestreitbar, wenn man zumeist das ja noch bei den Quarten Januar—April um ein Minus zu berücksichtigen. Die höchste Prozentsatz fand bei den Bildern, Gläsern und Bildhauern, — bei den Schreinern ist diese ganz bei vorangegangenen Quartal eine markante Erhöhung der Arbeitslosigkeit von 12.9 Proz. zu beobachten. Da für die Arbeitslosigkeit in der Gläsern vorherrschen mit 13.8 Prozent. Dies in allem wird man sagen dürfen, dass die Zahlen keinen Zweck haben, dass die allgemeine Arbeitslosigkeit sich im letzten Quartal nicht verschärft hat, sondern dass jetzt

eine leichte weitere Besserung des bereits nicht ungünstigen Beschäftigungsgrades sich vollzogen hat.

Fraulein Fanny Tale, die frühere Anarchistin, ist, wie der „Magdeburg-Volksbl.“ mitgeteilt wird, nunmehr endgültig in die Reihen der „Christlichen“, mit denen sie schon seit längerer Zeit sympathisierte, übergetreten.

Abermals ist der Staat gerettet worden. In der Druckerei unseres Parteigenossen Görlke in Charlottenburg sowohl wie auch in der Wohnung des auch in Lübeck nicht unbekannten Genossen Strzelewicz in Pankow fand eine Haussuchung nach der Lieferantin statt, die von der Sängergesellschaft Strzelewicz herausgegeben ist. Während in Pankow 146 Exemplare des letzten Heftes dieser Sammlung konfisziert wurden, war das Resultat der Haussuchung bei Görlke gleich Null. Beide Parteigenossen sollen sich, wie es heißt, wegen angeblichen Vergehens gegen den Religionsparagraphen des Strafgesetzbuches zu verantworten haben.

Bömelburg ist „schuld“ daran! Unser Dortmunder Parteiblatt bringt folgende ergötzliche Meldung: Auf einem hiesigen größeren industriellen Werk wurden die Männer wiederholts dazu angehalten, 36 Stunden nacheinander zu arbeiten. Wieder waren 36 Stunden angeordnet, als plötzlich mittags der Meister kam und sagte: „Für morgen nach Hause gehen, es dürfen keine 36 Stunden mehr gemacht werden, da ist der verdammte Bömelburg schuld daran, den sollte man tödlichen!“ — Ein besseres Los konnte der Meister dem Abgeordneten gar nicht ausspielen.

Das Wahl-Wilhelm.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer in Bayreuth verurteilte die Tagelöhnerin Anna Dößler wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hatte, da sie angeblich ehemalig unschuldig verurteilt wurde, um eine Audienz beim Prinzregenten nachgebracht und hatte dies, als sie ihre Absicht nicht erreichte, zu schweren Beleidigungen gegen den Prinzregenten hinreichen lassen. Der Staatsanwalt hatte also die Kleinigkeit von zwei Jahren Gefängnis beantragt.

Der Feuerwehrmann als Brandstifter. Wegen zweier Brandstiftungen hatte sich das Mitglied der freiwilligen Feuerwehr zu Rothenau Otto Ederwitz vor dem Schwurgericht in Liegnitz zu verantworten. Ederwitz hat beide Brandstiftungen, durch die großer Schaden angerichtet wurde, verübt, weil es ihm große Freude mache, wenn die Feuerwehr alarmiert würde. Der ärztliche Sachverständige befundete, dass bei Ederwitz ein gewisser Grad von Schwachsinn vorliege. Der Angeklagte wurde unter Annahme minderer Umstände zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Militärjustiz. Ein ganz prachtvolles Stückchen aus der Gerichtspraxis, die man sich kurz als Militärjustiz zu bezeichnen gewohnt hat, hat sich neulich in Dresden abgespielt. Dort hatte sich ein Lieutenant, oder wie Herr v. Ehren ihn nennen würde, ein „Führer der Nation“, zu verantworten. Diesem, dem 28jährigen Oberleutnant Friederich Wilhelm Karl Einhold, früher beim 10. Infanterie-Regiment Nr. 134 in Bützen i. B., wurden erfolglose Anklage eines Untergebenen zur Begehung einer schweren Handlung, unerlaubte Entfernung aus der Truppe und unrichtige Erklärung dientlicher Meliorungen vorgeworfen. Richtig hatte man die Offenheitlichkeit wegen Gefährdung der militärischen Disziplin ausgeschlossen, und nach mehrfachiger Verhandlung wurde der Herr Oberleutnant zu 18 Tagen Stubenstrafe verurteilt. Publikum wahrte in der Regel den Dresden er Militärgerichts-Verhandlungen nicht bei, denn das Militärgerichtsgericht liegt weit, weit außerhalb der Stadt. Zu der Verhandlung hatten sich nur zwei Zeitungsberichterstatter eingefunden, die nun standhaft auf dem Vorwurf des Körpers auf die, wie das Geschreit heißt, öffentliche Bekanntmachung des Urteils warteten. Das Gericht hatte es aber unterschlagen, die Öffentlichkeit wiederherzustellen, und gab den Urteilsspruch hinter verschlossenen Türen frei. Dann entfernte sich der Richterhof. Wer beschreibt aber ihre Übereinkunft, als die Herren auf dem Richterhof den beiden Zeugenmännern anhörten würden; monachum hoc sollempti auf den gemachten Fehler, der Vorwurf der rechten Seite seine Zeug und der Verteiler der Anklage — der Zeuge war bereits über alle Berge — zu einer gesetzten und noch einmal ging es in den Verhandlungssaal zurück. Hierher folgten verzweigt die beiden militärischen Zeitungsmänner. Noch einmal wurde „Im Namen des Königs“ das Urteil verkündet, dann entstand noch eine Diskussion darüber, ob auch die Urteilstabelle

„öffentlicht“ bekannt zu geben seien. Man kam zu dem Entschluss, sie überhaupt nicht mehr zu erörtern, weil dieselben bereits in nicht öffentlicher Sitzung bekannt gegeben waren. Die Bekanntmachungen des verurteilten Offiziers bleiben somit im Dunkel gehüllt.

Der Roman eines französischen Fremdenlegionärs. Vor dem Kriegsgericht der 3. Division Nr. 23 in Dresden hatte sich dieser Tage ein ehemaliger Soldner der französischen Fremdenlegion wegen Fahnenflucht zu verantworten. Johann Franz August Seidel aus Böschappel wurde im Jahre 1898 als Recruit für das 12. Pionierbataillon ausgebunden. Als Durch vor dem Leben in der Kaserne ging er ins Ausland. In Frankreich veranlasste ihn Erziehungsort schließlich in die Fremdenlegion einzutreten und er wurde nach Algier eingeschifft. Etwa vergeblichen Fluchtversuch von dort ausfuhr er mit schwerer Kerkerstrafe büßen. Nach vielen Strapazen gelang es ihm während eines Gefechts mit einem Leibwächter zu entkommen. Beide schlugen sich nach Marocco durch, aber nur Seidel erreichte die schützende Küste. Am Hafen von Marocco erreichte ihn ein Brief aus der Heimat, durch welchen ihm die Kunde ward, dass sein Vater inzwischen gestorben sei. Daraufhin trat er die Heimreise an und stellte sich in Hamburg der Polizei. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und versetzte ihn in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Leipzig. Das Reichsgericht hob das Urteil des Schwurgerichts Naumburg auf, durch das Bankier Fritz Brange aus Weissenfels wegen Depotunterschlagungen in 6 Fällen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Fahrverlust verurteilt worden war.

Eine Arbeiterfrau erhält zwei Millionen Mark. Die als Spinnerin in einer Fabrik tätige Frau des Arbeiters Brügel in Oldenburg i. Gr., an 55 Jahre alt, hat eine Erbschaft von zwei Millionen Mark gemacht. Als unverheiratetes Mädchen in Koblenz lernte sie einen Buchhalter kennen, der unverheiratet blieb, eine große Erbschaft machte und ihr bei seinem Ableben das Vermögen hinterließ. Frau Brügel meinte gleichmäßig, sie würden sich jetzt „in lützen bauen“ müssen.

Wie Duellmörder behandelt werden. Bekanntlich verlegte in schwerer Weise der Domänenpräfekt Oskar v. Falkenhagen, ein Reserveleutnant, die Familienehre des Landrats v. Bünigen. Es kam zum Duell, in dem Bünigen fiel. Falkenhagen erhielt 6 Jahre Festung. Hier ging es nun äußerst sibel zu. Unter andern verurteilten die Gefangenen eine Fehlkraft und hängten Champions an die Fenster. Der aufsichtführende Leutnant schickte den wackhabenden Unteroffizier zu den Gefangenen, um sie aufzufordern, die Champions zu entfernen. Alle taten dies, nur Falkenhagen nicht. Er hatte die Tür verrammt und weigerte dem Unteroffizier den Eintritt. Ja, er sagte, dass er jeden, der mit Gewalt eindringt, über den Haufen schlefen werde. Er lasse sich nicht von derartigen Leuten beschließen; denn er sei schon einmal bestohlen worden. Der Unteroffizier unterließ es nun, die Tür aufzubrechen. Vom Schöffengericht in Danzig erhielt der Duellmörder wegen dieser Ausführungen gegen eine Anordnung des aufsichtführenden Beamten und gegen die Wachmannschaft 100 Mark Geldstrafe. Das Urteil war dem Herrn noch viel zu hart und er legte Berufung ein. Vor der Strafkammer wurde wiederum festgestellt, dass sich Falkenhagen in schwerer Weise vergangen habe. Der Vorsitzende erfuhr den Angeklagten mit Rückicht auf die Schwere des Vergehens und die sehr geringe Strafe die Berufung zurückzunehmen, wozu dieser sich dann auch gnädig herbeilebte. Man sieht, Duellmörder werden sehr schonend behandelt.

Eine wandelnde Ahnengalerie. Das Petersburg wird offiziös mitgeteilt: Der Kaiser verließ dem Großfürsten Wladimir für seine Verdienste um die Armee die auf der Brücke zu tragen den und mit Goldsteinen geschmückten Porträts des Kaiser Nikolaus I., Alexander II., Alexander III. und sein eigenes.

Graz. In dem Rudersborfer Pulverwerke erfolgte eine Explosion, durch welche die Mischbütte turbulich in die Luft geschleudert wurde. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Ein Werkmeister erlitt Verletzungen.

Newport. Ein 30 jähr. Durch einen Sylphon wurden im Indianerterritorium 12 Personen getötet und zahlreiche Häuser zerstört. Auch aus ganz Texas werden große Verheerungen gemeldet.

Schanghai. Der chinesische Kreuzer „Haitien“ ist vor der Elliott-Insel im Nebel auf eine Klippe gefahren und gesunken. Der „Haitien“ ist ein kleiner Kreuzer von 4300 Tonnen und 24 Knoten, aber doch eines der besten Schiffen seiner Klasse. Nach einem Schlag auf den Rumpf versank es. Noch einmal wurde „Im Namen des Königs“ das Urteil verkündet, dann entstand noch eine Diskussion darüber, ob auch die Urteilstabelle

dieselben Privilegien und Rechte wie die Schweine, und durch ihr unmenschliches Gebaren hatte Seine Magnificenz das gesamte Rechtswesen in die Flucht geschlagen, das sich unter den Wänden vor seinem Hause verbrechen hatte, um Schutz gegen das Wetter zu suchen.

Keer taub für das Seufzen des Viehes und brummend über ihr eigenes Missgeschick, segte die übel zugerichte Magnificenz ihren Weg durch das Dunkel fort. immer noch goss es in Städten herunter; aus grinsenden Schulden und schreienhaft verzerrten Gesichtern spien die Dächer ihr Wasser auf die Mitte der Straße herab, wo es sich mit den, den Aquädukten der Häuser entstömenden Flüssen vereinigte, die überall lagerten Milchsaften unterpolsterte und die Straße mit einem ekelhaften Brei überschwemmte.

Die himmlischen Mächte hatten Großeire machen heute und würden wohl, wenn ihnen das Wasser nicht ausging, die Straßen bald gesäubert haben. Was ja ihre verdamte Pflicht und Schuldigkeit war, da ihnen fast ausschließlich die gesamte Strafzettelung in der Stadt oblag.

Aber auch gegen den alten Brauch wetterte Seine Magnificenz, denn es war eben kein Vergnügen unter dessen Herrschaft vorwärts zu dringen, und er hatte seine lieben Freunde, es ist weit wie bis zum Preußensmarkt zu bringen, wo der Käschhof zu St. Marien anfangt. Und da wurde es fast unmöglich, weiter zu kommen, denn da fehlte jede Pflegerin. Bis zu den Knöcheln sank er in den Dreck hinein, und es dauerte geruhsame Zeit, ehe er das kurze Stück bis zur Kirche zurückgelegt hatte. Und da war die Tür geschlossen!

(Fortsetzung folgt.)

Zurück kam nach dem Stein in die Hand und öffnete die Tür nach der Straße.

Drangt goss der Regen in Städten, heulend raste der Wind durch die Gassen, Dachgiebel platzten, Türen knallten, Schäfer und Windhunde flüchten und lärmten, — stotterte Nacht fraß Licht zu Lebzeiten, und immer noch ein Lauter und Sturm der Gläser, als wäre die Stadt vom Feuer berannt und noch einmal ging es in den Verhandlungssaal zurück.

Wer weiß, — vielleicht waren die Sieger schon dabei? — vielleicht berichteten sie etwa einen Bruch, um sich des Selbstkriegs und der Künste zu berücksichtigen? Sie hatten jedoch so armes tolle Stadtk gewagt. Aber diesem würde er sie leicht mit blutigen Schlägen hinzuhauen und zeigen, was er heißt, sich an der beschädigten Decke zu begreifen ja wollen!

So entfloß er aus Daniel Kämmers und fiel und zogte es jetzt.

Dann er lärmte und schimpfte, wie es unter jenesgleichen wider Geistes nach Seite war, und verdonnerte die ungünstigsten Abschreibungen, aber die er gefallen war. Und er raste soffig, dass sie von rechts heran kriechen mussten, um die Rechte der heiligen Städte zu bewahren, und zu dieser kleinen Straße hinauszufliegen und zeigen, was er heißt, sich an der beschädigten Decke zu begreifen ja wollen!

Und jetzt war kommt, das jüdische Gesetz, das kann mit keiner Hand und den heiligsten Waffen gegen sie kämpfen! Sie wollen mir diesen Schäfer und diesen Gläsern und diesen anderen Gewändern und Gütern! Es möchte ihnen nicht zu begreifen gelingen! Es würde sie leicht, das Waffengeschäft zu kaufen! Und derjenigen sollte er sagen, der auch mit der heiligen Stadt, wenn er, Kämmers, keine Städte in seinen Händen hätte und gekämpft bedenkt!

Endlich zog er sich an, holte den Stein in den beiden gegenüberliegenden Händen, blickte hinüber, blickte die

Stadt an, nahm den Stein in die Hand und öffnete die Tür nach der Straße.